

Investition in eine nachhaltige Zukunft



Die ökologischen Grenzen unseres Planeten, soziale Probleme, Fragen der ökonomischen Zukunft und der (internationalen) Gerechtigkeit drängen uns immer stärker dazu, eine Debatte über die Zukunftsfähigkeit unserer Denk-, Verhaltens- und Wirtschaftsweisen zu führen. Auch in der Bildung müssen wir diese Realität anerkennen und lernen, uns zielführend mit dieser Frage auseinanderzusetzen.

Es wird in Zukunft, u.a. auch durch den Klimawandel und den dramatischen Verlust der Biodiversität, unumgänglich sein, dass nachhaltige Entwicklung eine Referenz für politische Entscheidungen - auch im Bildungsbereich - wird und im Alltag von Bildungsstrukturen sowie im pädagogischen Handeln auf allen Ebenen verankert wird.

Neben einem grundlegenden Faktenwissen, muss die Bildung vor allem auch das Aneignen von Systemwissen, Handlungs- und Prognosekompetenzen zum Ziel haben. Das Verstehen von Zusammenhängen und komplexen Wechselwirkungen zwischen Natur, Gesellschaft und Ökonomie bzw. das Erlernen von Methoden zur eigenständigen Wissensaneignung sind in einer globalisierten und digitalisierten Welt unentbehrlich für den Erhalt und die Stärkung einer demokratischen Gesellschaft.

Zudem muss sich Bildungspolitik verstärkt dem Thema Bildungsgerechtigkeit widmen und sich stärker mit der Frage auseinandersetzen, wie ein Bildungssystem aussehen muss in einer Zeit, in der wir ständig ein quasi unendliches Wissen auf unseren Smartphones, Tablets und Laptops mit uns herumtragen. Dies auch im Hinblick auf das verstärkte Risiko von Falschinformationen und den Verlust von Privatsphäre.

Durch technische Entwicklungen und die einhergehende Digitalisierung braucht unsere Gesellschaft logischerweise Berufe, die direkt damit verbunden sind. Bestehende Berufe werden verschwinden oder sich stark verändern. Diese Entwicklungen müssen gesellschaftspolitisch begleitet und in der Bildung auch aus dieser Perspektive beleuchtet werden. Denn informierte und kritische BürgerInnen stärken unsere Demokratie und somit auch den Zusammenhalt und die Chancengleichheit.

1 Ein zukunftsfähiges Leitbild für die formale Bildung entwerfen: die Bedeutung eines Bildungstisches

Wirtschaftliches Wachstum, ökologische Herausforderungen, Globalisierung, technische Entwicklungen, soziale Ungleichheiten, Sprachenvielfalt, Fremdenfeindlichkeit. Diese Herausforderungen des 21. Jahrhunderts müssen alle Akteure durch einen verstärkten Dialog über die Grundorientierungen der Bildungspolitik und durch eine größere Beteiligungskultur innerhalb der Bildungseinrichtungen verstärkt angehen.

Die angegangenen Reformen müssen, angesichts der großen Herausforderungen, konsequent weitergedacht werden. In der letzten Legislaturperiode wurden zahlreiche Initiativen unternommen, um die Bildung „fit für die Zukunft“ zu machen. In der formalen Bildung sind mehr Schulautonomie und das Einbinden von allen beteiligten Akteuren das Ziel. Im Bereich der Lyzeen werden die nationalen Programmkommissionen durch ein nationales Beratungsorgan, das sich aus Akteuren der Zivilgesellschaft zusammensetzt, ergänzt. Zudem hat ein weiteres Gremium, das „Observatoire national des programmes“, die Aufgabe einen externen Blick auf die Schulqualität zu werfen. All diese Gremien, zusammen mit der nationalen Schülerkonferenz, dem Direktorenkollegium, dem SCRIPT, der Wissenschaft und der nationalen Elternvertretung bilden den „**Lëtzebuurger Bildungsdësch**“.

Sieht man die schulische Bildung vor diesem Hintergrund als die Entwicklung von (jungen) Menschen zu kritischen und gesellschaftlich interessierten BürgerInnen, die ihr eigenes Leben selbstverantwortlich und im sozialen Rahmen führen können, so brauchen Bildungseinrichtungen Rahmenbedingungen, die es über legitime fachspezifische Kompetenzen hinaus ermöglichen den **Menschen in seiner Ganzheit anzusprechen**.

Über diese und andere grundsätzliche Fragen der Bildungspolitik braucht es einen **Grundkonsens in unserer Gesellschaft**.

Bei der **Zusammensetzung des Bildungstisches** gilt somit zu beachten, dass ein repräsentatives Gremium entsteht, das einen Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteuren aus dem Bildungs- und Gesellschaftsbereich ermöglicht. Die ursprünglich angedachte Zusammensetzung sollte, falls notwendig, entsprechend überdacht werden.

Der Bildungstisch muss somit in der nächsten Legislaturperiode ein **Leitbild für die formale Bildung entwerfen**. Aus Sicht der Bildung für nachhaltige Entwicklung - sowie der politischen Bildung - muss dieser folgende klare Ziele festhalten:

- Demokratische Grundwerte von klein auf in allen Institutionen leben und dementsprechend die Schule und den Schulalltag demokratisieren;
- Mehr Freiräume in der Bildung schaffen - weniger repressiv und Leistungsdruck abschwächen;
- Bildung zum positiven Erlebnis machen;
- Bildungsgleichheit und -gerechtigkeit für alle BürgerInnen schaffen – Inklusion in der Praxis umsetzen;
- Die Sprachenvielfalt im Alltag leben;
- Digitalisierung & technische Entwicklungen aus gesellschaftspolitischem Blickwinkel beleuchten;
- Eine Balance zwischen dem Erlernen von Methoden und Wissen herstellen;
- SchülerInnen sowohl im Rahmen des Unterrichts als auch durch Projekte die Möglichkeit geben, selbst Verantwortung zu übernehmen;
- Kreativität, systemisches und kritisches Denken fördern;
- Die Rolle des Pädagogen neu definieren – die Priorität auf „begleiten und fördern“ setzen.

Wichtig ist auch, dass das **Parlament, und im Besonderen die Kommission für Erziehung**, sich grundsätzlich mit dem Thema "Leitbild für die formale Bildung" auseinandersetzt.

Auch die **neue Bildungsstiftung (UP)**, die eine vielversprechende Initiative darstellt, muss der Perspektive der Bildung für nachhaltige Entwicklung und ihren Zielen Rechnung tragen.

2 Freiräume in der schulischen Bildung - Chancen anstatt Zwänge

Demokratie lebt von der Selbstorganisation, dem Engagement und der Autonomie ihrer BürgerInnen.

Anstatt einer Verdichtung, sollten Lehrpläne bzw. Vorgaben an Schulen, Ausbildungsbetrieben und der Universität auf die Möglichkeit nach mehr Freiräumen geprüft werden. Im formalen Bildungsangebot ist aktuell nur sehr wenig Zeit für Freiräume vorgesehen. Schulprogramme sind bis zum Rand mit Lerninhalten gefüllt und lassen den Pädagogen nur wenig Raum für aktivere Methoden sowie der Mitgestaltung durch die SchülerInnen. Dies obwohl lernpsychologisch schon längst gezeigt, dass nur sehr wenig von den in der Schule durch Frontalunterricht vorgetragenen Inhalten hängen bleibt. Wichtig ist, dass eine solche Partizipationskultur konkret gelebt wird, eine Schein-Partizipation schafft Frustrationen und ist kontraproduktiv.

Innovationen, die von den Schulpartnern initiiert und getragen, und nicht „von oben herab“ verordnet werden, dürften ohne Zweifel die meisten Chancen haben, „nachhaltig“ zu wirken. Netzwerke innerhalb von Schulen, die so entstehen, ermöglichen ein Lernen voneinander anhand von „good practice“-Beispielen, eine Optimierung von Herangehensweisen und ein Hineinwirken in die Region.

Die zukünftige Regierung muss diesem Umstand gerecht werden und gezielt das Schaffen von Freiräumen in der Bildung fördern.

- Das **Recht auf freies Lernen** muss viel stärker in der schulischen Bildung verankert werden. SchülerInnen sollen öfters selbst Entscheidungen nehmen können und lernen Verantwortung für ihre eigene Entwicklung zu nehmen.
- In den **Schulprogrammen** der Grundschulen bzw. der Lyzeen, sollten verstärkt Freiräume geschaffen werden. Diese können auf unterschiedlichste Art und Weisen mit Leben gefüllt werden, sollten jedoch zum Ziel haben, die Selbstbestimmung zu fördern.
- **Freiräume in der zeitlichen Organisation** sollen u.a. genutzt werden, um Themen verstärkt fächerübergreifend bzw. in Projekten zu bearbeiten und Schulen auf die Gesellschaft hin zu öffnen.
- Die **Autonomie und somit die Selbstverantwortung der einzelnen Bildungseinrichtungen** sollen deutlich größer werden, dies sowohl auf administrativer als auch auf pädagogischer Ebene. Es sollte jedoch nach Wegen gesucht werden, eine gerechte Schule für alle Kinder und Jugendliche zu schaffen und eine unvertretbare Diskrepanz zwischen den Ansprüchen verschiedener Schulen zu vermeiden. Das Ziel der Inklusion (sowohl von sozial benachteiligten SchülerInnen wie auch von SchülerInnen mit Beeinträchtigungen) und der gerechten Schule darf durch eine verstärkte Autonomie nicht hintertrieben werden.
- Die **administrativen Hürden für die Entwicklung von Schulprojekten sind weiterhin im Rahmen der Eigenverantwortung der Schulen abzubauen. Der pädagogischen Weiterbildung der LehrerInnen und ProfessorInnen im Rahmen der Schulentwicklung** muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Mittel für den Fortbestand oder die

Verallgemeinerung erfolgreicher Schulprojekte müssen zur Verfügung gestellt werden.

- Demokratie kann man nicht lehren - demokratische Verhaltensweisen muss man praktisch üben. SchülerInnen sollte ermöglicht werden, **Partizipation in der Institution „Schule“ konkret zu erfahren und partizipative Formen von Entscheidungsprozessen kennen zu lernen**. Hierzu kann die Schule viele Möglichkeiten bieten: Mitentscheidung der SchülerInnen in Bezug auf die Einführung von Optionskursen, die Realisierung von Projekten im Rahmen der Schulautonomie oder in Bezug auf die räumliche Gestaltung der Schule. Dies schließt die Öffnung der Schule nach außen mit ein: z.B. Realisierung von Projekten gemeinsam mit außerschulischen Akteuren (etwa Gemeindeverantwortlichen). Im Rahmen der Demokratisierung der Schule ist insbesondere in den Lyzeen die Rückkopplung der Schüler-, Eltern- und Lehrervertretern mit ihrer jeweiligen Basis zu gewährleisten. Dies u.a. durch die Schaffung demokratischer Strukturen mit Institutionalisierung von Rückkopplungsprozessen.
- Dies verlangt, dass jeder Institution **mehr finanzielle und personelle Mittel für die Betreuung von Freiraumaktivitäten** zur Verfügung gestellt werden.
- **Engagement und eigene Projektentwicklungen** sollten gezielt gefördert und gegebenenfalls auch der dafür notwendige Zeitrahmen in den **Schulprogramme** vorgesehen werden.

Generell sollte eine Schulkultur gefördert werden, welche Schüler begeistert und ermutigt sich in **Schülerparlamente** einzubringen.

3 Politische Bildung („Education à la citoyenneté“) in die Schulentwicklung und in die Curricula verankern

Es gibt bereits jetzt eine Reihe interessanter Projekte und Initiativen, welche die politische Bildung fördern. In der letzten Legislaturperiode hat das Unterrichtsministerium auch die Weichen für eine verstärkte politische Bildung, besonders im außerschulischen Bildungsbereich, gesetzt: dies durch die **Schaffung eines Zentrums für politische Bildung**. Dieses ist im Begriff, eine Reihe von Initiativen zu ergreifen. Eine kohärente Strategie mit struktureller Wirksamkeit in der formalen Bildung ist jedoch noch nicht bekannt.

Was den formalen Bereich anbelangt, wurde die politische Bildung in das **Fach „vie et société“** integriert und die Funktion des Sekundarschullehrers für politische Bildung eingeführt. Jedoch fehlte es auch der letzten Regierung noch an der nötigen Konsequenz, politische Bildung bzw. Bildung für nachhaltige Entwicklung fächerübergreifend in die Programme der Grund- oder der Sekundarschulen aufzunehmen. Zurzeit ist eine formale Verankerung politischer Bildung in den schulischen Curricula nur sehr begrenzt gegeben. Vor allem im klassischen Lyzeum besteht ein großer Nachholbedarf: Hier beschränkt sich politische Bildung auf das Fach „Instruction civique“ auf 2ème. Das technische Lyzeum ist mit der „Education à la citoyenneté“ sowie der „Connaissance du monde contemporain“ überzeugender aufgestellt.

Einige Schulen bieten zudem Optionen oder Fächer zur politischen Bildung an. Ein grundlegendes Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge und die notwendigen Kompetenzen zur Bewertung von Fragestellungen, sowie konkretes Handeln werden auch in diesen Fächern nicht flächendeckend behandelt und sind somit noch immer sehr stark von der Ausrichtung des einzelnen Lehrers abhängig.

Nachdem in den letzten Jahren endlich erste Schritte unternommen wurden, um der politischen Bildung eine Basis zu schaffen, muss die nächste Regierung weiter konsequent den **Beitrag der**

Schule zur politischen Bildung im Rahmen aktueller und zukünftiger Reformen verstärken (**cf. obige Vorschläge zur Partizipation in der Schule!**). Hier gilt es vor allem auch methodisch umzudenken und nicht nur die Inhaltsvermittlung, sondern die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zusammenhängen zu stärken. Dazu gehören auch entwicklungspolitische Fragestellungen im Sinne eines „globalen Lernens“.

Deshalb ist die nächste Regierung aufgefordert:

- das **Prinzip einer partizipativen Meinungs- und Entscheidungsbildung** auf allen Entscheidungsebenen bzw. in sämtlichen Handlungsbereichen zu verstärken;
- verstärkt entsprechende **Kompetenzen, Methoden und Inhalte in die Curricula** von bestehenden Unterrichtsfächern wie Geschichte, Philosophie, Sprachen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, sowie den Naturwissenschaften zu berücksichtigen;
- entsprechende **fächerverbindende und -übergreifende Projekte** zu ermöglichen;
- **Partnerschaften u.a. auf regionaler Ebene zwischen Schule und Akteuren der Gesellschaft** (Berufsorganisationen, Betriebe, Nicht-Regierungsorganisationen...) in die Wege zu leiten;
- spezifische **Weiterbildungsangebote für LehrerInnen und ErzieherInnen** zu organisieren. Das Angebot, u.a. auch im Bereich der naturwissenschaftlichen Bildung, der politischen Bildung bzw. der Bildung für nachhaltige Entwicklung, sollte nach klareren Prioritäten aufgestellt werden. Schulinterne Weiter- und Fortbildungen sind in diesem Zusammenhang - neben denjenigen im Rahmen des IFN - verstärkt zu fördern.
- Angehende LehrerInnen sollten zudem beim Anwenden einer **Methodenvielfalt sowie dem Perspektivenwechsel** als wichtige didaktische Methode unterstützt und begleitet werden.

Alle betroffenen und interessierten Akteure (mit Einbeziehung der Zivilgesellschaft) sollten in einen Prozess der Diskussion zur Aufwertung der politischen Bildung einbezogen werden.

4 Partizipation und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sind ein Grundstein für eine lebendige Demokratie

Partizipation aller BürgerInnen und gesellschaftlicher Gruppen ist das Fundament einer nachhaltigen Entwicklung. Auch Kinder und Jugendliche müssen in ihrem Lebens- und Erfahrungsbereich beteiligt werden, und ihren Alltag sowie die Zukunft aktiv mitgestalten können. Somit ist die Demokratisierung der Schulen ein zentrales Element, nicht nur um sich die zur Partizipation erforderlichen Kompetenzen anzueignen, sondern auch um Selbstwirksamkeit und Sinn zu erfahren. Dies sowohl bei der Auswahl von Inhalten, als auch im Rahmen von (fächerübergreifenden) Projekten.

Aktuell werden Partizipation und BNE in Luxemburgs Bildungseinrichtungen kaum gelebt. Nachdem die UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2005 – 2014) abgelaufen ist, muss festgestellt werden, dass in Luxemburg mit Ausnahme punktueller Initiativen im nicht-formalen Bildungsbereich fast keine wirksame Maßnahme der 2011 ausgearbeiteten Strategie „*Apprendre le développement durable – agir pour l’avenir*“ umgesetzt wurde. Diese enthielt eine Reihe sinnvoller Maßnahmen, die auf der Ebene der schulischen, außer- und nichtschulischen Bildung verwirklicht werden sollen (siehe Internetseite www.bne.lu).

Zurzeit gibt es somit auch in Hinblick auf eine strukturelle Umsetzung in Schulprogrammen oder Weiterbildung von Multiplikatoren kaum neue Ansätze. Obwohl in den Lehrplänen der Grundschule die Nachhaltigkeit erwähnt wird, sieht die Realität noch anders

aus und oft stehen fehlende Ressourcen oder Kompetenzen dieser wichtigen Entwicklung im Weg. Auch nach der Sekundarschulreform ist eine verstärkte Förderung überfachlicher Kompetenzen (z.B. ein Problem aus unterschiedlichen Perspektiven analysieren und bewerten zu können, Entwicklungen zu antizipieren, Handlungsalternativen entwickeln zu können...) nicht erkennbar.

Das Nachhaltigkeitsministerium hat im Juni 2017 (erneut) ein **interministerielles Komitee**, an dem auch Akteure der Zivilgesellschaft teilnehmen können, ins Leben gerufen. Hier soll über die Zukunft der Bildung für nachhaltige Entwicklung diskutiert werden. Jedoch ist bis zu diesem Zeitpunkt unklar, wie die Zukunft dieses Komitee's aussieht, geschweige denn, mit welcher Strategie das Ministerium gedenkt etwas in Bewegung zu setzen. Klar ist nur, dass das Gremium derzeit sehr stark in den Dienst des Konzeptes der Kreislaufwirtschaft gesetzt wird, dies auch vom Wirtschaftsministerium. Demnach findet de facto eine Instrumentalisierung statt.

Deshalb ist die nächste Regierung aufgefordert:

- **Partizipation und BNE** als klare Priorität und Notwendigkeit für eine zukunftsfähige Demokratie zu definieren und zügig einen **Prioritätenplan** in die Wege zu leiten.
- eine **partizipative Schulentwicklung**, welche die Mitwirkung der SchülerInnen, StudentInnen, der LehrerInnen und ErzieherInnen und der Eltern an den Entscheidungsprozessen gewährleistet, zu fördern: gesellschaftlich relevante Kompetenzen - im Sinne einer politischen Bildung - können (im Gegensatz zum notwendigen Wissen) nicht ausschließlich schulisch "vermittelt" werden, sie können sich nur durch eigenes Handeln und Erfahrung "entwickeln". Der Schaffung bzw. Weiterentwicklung von demokratischen Beteiligungsformen im schulischen Rahmen kommt somit eine entscheidende Bedeutung zu.
- ein **Team pro Bildungseinrichtung** auf die Beine zu stellen, das sich intern dem Thema „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ widmet. Dieses soll Möglichkeiten der BNE im Schulalltag ausloten und innovative Formen der Beteiligung für die nachhaltige Gestaltung der Schule entwickeln und erproben;
- der **Weiter- und Fortbildung von Multiplikatoren** (z.B. von LehrerInnen und ErzieherInnen, Verantwortlichen von Verwaltungen ...) eine Priorität einzuräumen; dies auch in Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren;
- die Kompetenzen zum **kritischen Umgang mit Medien und Informationen** gezielt zu fördern und in die Schulprogramme zu integrieren, auch hier ggf. unter Einbezug von externen Akteuren. Durch die **Digitalisierung** werden wir eine Revolution auf dem Arbeitsmarkt erleben. Die Bildungspolitik muss dieser Entwicklung Rechnung tragen und das Thema auch aus **gesellschaftspolitischem Blickwinkel** beleuchten.
- die in der 2011 ausgearbeiteten Strategie „*Apprendre le développement durable - agir pour l'avenir*“ vorgesehenen Maßnahmen - entsprechend einem überarbeiteten **Prioritätenplan** - kurzfristig in die Wege zu leiten;
- eine **Vision der naturwissenschaftlichen Bildung** in Luxemburg sowohl auf schulischer als auch auf außerschulischer Ebene, als Beitrag zur Allgemeinbildung zu erarbeiten, die **Voraussetzungen für die Umsetzung** dieser Vision zu klären, einen **Katalog mit prioritären Maßnahmen** zu erstellen und personelle bzw. finanzielle **Mittel** bereitzustellen, um die betreffenden Maßnahmen umzusetzen.

5 Eine nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaft braucht Bildung und Chancen für alle

Neben der formalen Bildung gibt es zahlreiche Institutionen und Akteure aus dem öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Bereich, welche Menschen dazu befähigen, Kompetenzen aufzubauen und somit ihren Teil dazu beitragen die Gesellschaft nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten. Diese Akteure bieten oft Wege und Möglichkeiten für Menschen, die in dem rigiden und diplomfixierten formalen Bildungssystem ihren Platz nicht finden. Nicht nur der private, sondern auch der öffentliche Sektor, muss in Zukunft verstärkt Türen für Menschen mit Kompetenzen, jedoch ohne offizielles Diplom, öffnen.

Die nächste Regierung muss sich somit noch stärker mit der Frage auseinandersetzen, welche Bildung eine funktionsfähige demokratische Gesellschaft in Zukunft braucht. Damit sich jeder nach seinen Fähigkeiten entwickeln kann, müssen die Weichen jetzt gestellt werden. Folgende Pisten sind daher zu folgen:

- **Das Angebot der "Ecole de la deuxième Chance" weiter ausbauen**, um jedem Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation zusätzliche Perspektiven zu ermöglichen.
- Die **Ausbildung für Handwerksberufe** muss die **gesellschaftliche Anerkennung bekommen, die es ihnen erlaubt, ihren Beruf mit einer Chance auf Perspektiven zu erlernen**.
- Das **Hineinwirken von Bildungseinrichtungen oder Akteuren in die Region, in Gemeinden oder in die lokale Wirtschaft** weiterhin fördern.
- **Akteure der Zivilgesellschaft, die in der non-formalen Bildung tätig sind, aktiv bei innovativen und Autonomie fördernden, Bildungskonzepten unterstützen**.
- Medien, die von öffentlichen Geldern profitieren, müssen ihrem Bildungsauftrag verstärkt gerecht werden und Themen und Inhalte so aufarbeiten, dass ein möglichst breiter Teil der Bevölkerung davon einen Nutzen ziehen kann. Das Schaffen eines **Mediums, das gesellschaftliche / politische Zusammenhänge in einfacher Sprache erklärt**, muss eine Priorität sein. Dies gilt z.B. in besonderer Weise auch für das Luxemburger Fernsehen, das diese Aufgabe im Rahmen des Konzessionsvertrages mit dem Staat übernehmen sollte.

Zunehmend wird sich in Zukunft auch die Frage nach einer „**Ganztagsschule**“ stellen.

6 Bildungsgerechtigkeit und Inklusion leben und fördern

In dieser Legislaturperiode wurden vom Bildungsministerium Initiativen unternommen um der wachsenden Heterogenität unserer Gesellschaft gerecht zu werden. So wurden neue Bildungsangebote - vor allem in Bezug auf die Sprachenvielfalt - geschaffen. Trotzdem bietet unser Bildungssystem noch immer für einen großen Teil unserer Gesellschaft kaum oder unzureichende Perspektiven. Drei große Gruppen sind hiervon besonders betroffen: Menschen aus sozial schwächeren Familien, Flüchtlinge und Menschen mit einer Beeinträchtigung.

Die nächste Regierung ist aufgefordert sich prioritär dem Thema zu widmen und Bildungsgerechtigkeit auch in Luxemburg ernst zu nehmen. Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode sind:

- Generell muss Sorge getragen werden, dass in den **Grundschulen sowie in den Lyzeen ausreichend hoch qualifiziertes Personal** (neben LehrerInnen auch HeilpädagogInnen, SozialpädagogInnen...) zur Verfügung steht um die betroffenen Kinder und Jugendliche - egal zu welcher der oben

genannten Gruppen sie zählen - ihren Bedürfnissen entsprechend ganzheitlich optimal zu fördern.

- LehrerInnen müssen auf **spezialisierte Fachleute zur Beratung und Unterstützung** zurückgreifen können, um Herausforderungen, für die sie nicht über hinreichend Wissen oder Kompetenzen verfügen, meistern zu können. Die Regierung muss kurzfristig sicherstellen, dass diese Fachleute in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.
- **LehrerInnen müssen verstärkt auf Bildungsgerechtigkeit und Inklusion sensibilisiert und ausgebildet werden.** Dies muss nicht nur in der Grundausbildung sichergestellt werden, sondern ebenfalls einen großen Stellenwert in der LehrerInnenweiterbildung erhalten.
- Da Bildung im formalen Bildungsbereich zunehmend auf Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren angewiesen ist, muss die **Teamfähigkeit von LehrerInnen konsequent gefördert** werden.
- Die Regierung muss kurzfristig einen (aktualisierten) **Aktionsplan mitsamt präziser verbindlicher Zeitplanung zur Umsetzung der Inklusion im formalen wie im nicht-formalen Bildungsbereich definieren.** Auflagen für private wie öffentliche Institutionen im nicht-formalen Bereich (Crèches und Maisons Relais) sind unumgänglich, damit für Kinder (und Eltern) von klein auf das Miteinander von Menschen mit unterschiedlichen Möglichkeiten zur Selbstverständlichkeit wird.
- **Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention,** welche seit dem 13.07.2011 in Luxemburg Gesetzescharakter hat, muss garantiert sein. Alle Maßnahmen im Bildungsbereich (und nicht nur in diesem Bereich) müssen überprüft werden, ob sie den Anforderungen dieser Konvention entsprechen.
- **In Gemeinden mit einem sozial schwächeren Milieu und einem gewissen Anteil an Flüchtlingen muss gezielt qualifiziertes Personal (u.a. Sozialpädagogen) eingestellt werden.** Dies zur Realisierung von Projekten zum Empowerment der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Ziel muss es u.a. sein, diesen Kindern und Jugendlichen verstärkt Bezugspersonen und menschliche Beziehungen zur Verfügung zu stellen um so Perspektiven zu öffnen;
- **Initiativen wie Youth4work, die Jugendlichen nach Schulabbruch durch coaching ins Berufsleben begleiten, müssen verstärkt unterstützt werden.**

7 Zusammenarbeit zwischen Grundschule, Crèches und „Maison-relais“ verstärken

Alle Gemeinden sind aufgefordert jährlich einen sogenannten „*Plan d’encadrement périscolaire*“ (PEP) zu erstellen. Dieser Plan versammelt alle außerschulischen Angebote für Kinder: Kulturelle und sportliche Aktivitäten, Hausaufgaben-Hilfe, Betreuung vor und nach den Schulzeiten... Bei der **Ausarbeitung des Planes sollen auch Eltern und Kinder einbezogen** werden und u.a. der Aspekt der Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigungen berücksichtigt werden.

Ziel ist es, den **Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betreuungseinrichtungen** zu verstärken, um eine aufeinander abgestimmte, zusammenhängende Betreuung der Kinder zu gewährleisten.

Die zusätzlichen Möglichkeiten, die durch die "Crèches" und „Maisons-relais“ im Bereich der persönlichen Entwicklung und Sozialisierung entstehen und eine verstärkte Chancengleichheit schaffen, stellen eine große Bereicherung dar. Die Zusammenarbeit vor Ort ist allerdings durch eine Reihe von Faktoren erschwert (fehlende Tradition der Zusammenarbeit zwischen schulischen und paraschulischen Trägern, unterschiedlicher Status von LehrerInnen und ErzieherInnen...). Auch ist die Chance gegeben, dass die Schule aktivere und interaktivere Methoden im Unterricht einsetzen muss, um gegenüber den Institutionen der non-formalen Bildung nicht den „Schwarzen Peter“ zu erhalten.